

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

53. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 26. Juni 2003

Zusatztagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu Reformen am Arbeitsmarkt** (Drucksache 15/1204)
4355 ;

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Leutheusser-Schnarrenberger hatte dieser Tage empfohlen, die parlamentarische Sommerpause auszusetzen oder zumindest zu verkürzen.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist aber nicht meine Meinung! – Gudrun Kopp [FDP]: Guter Vorschlag!)

Sie verwies auf den Reformstau und darauf, dass *so* viel zu tun sei. Gerade das, finde ich, spricht dafür, dass wir uns eine Besinnungspause gönnen sollten. Denn bei all dem, was derzeit im Bundestag vorangebracht wird, kommt nichts Gutes heraus. Der heute zu diskutierende Gesetzentwurf im Rahmen des Hartz-Konzeptes gehört dazu.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Sie sprechen von einer Reform des Arbeitsmarktes. Sie versprechen damit weniger Arbeitslosigkeit. In Wirklichkeit entlasten Sie bestenfalls die **Statistik**, indem Sie Arbeitslose weiter belasten. Sie laden Ihr politisches Versagen bei den ohnehin Beladenen ab. Obendrein bitten Sie diese zur Kasse. Das ist der Kern der so genannten Reformen, die heute auf dem Tisch dieses Hauses liegen.

Die vermeintliche Reform des Arbeitslosengeldes zeigt dies ganz exemplarisch. Sie wollen erreichen, dass mehr über 55-Jährige am Arbeitsleben teilhaben können; so sagen Sie. Also denkt man mit normalem Menschenverstand: Aha, die wollen mehr Arbeitsmöglichkeiten schaffen oder zumindest fördern. Doch Pustekuchen! Ihr Hartz-Verstand rät, den Arbeitslosen noch tiefer in die Tasche zu greifen, damit diese nicht übermütig werden. Um im Bild zu bleiben: So viel Übermut war noch nie. Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen nähert sich inzwischen der Fünfmillionenmarke. Ihre Beschlüsse werden daran nichts ändern; denn sie lösen das gesellschaftliche Problem nicht. Sie verlagern es nur; sie privatisieren es.

Ich möchte Ihnen das an einem Beispiel demonstrieren: Beim Arbeitsamt Dortmund gibt es aktuell circa 18 500 Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld; rund 40 Prozent sind 45 Jahre und älter. Anders gesagt, Sie greifen rund 6 000 Personen im Raum Dortmund in die Tasche. Sie nehmen ihnen Ansprüche, die sie durch Beiträge erworben haben – und das alles ohne Gegenleistung und ohne realistische Hoffnung auf einen

neuen Arbeitsplatz. Ich finde, die Raubritter im Mittelalter waren direkter. Sie haben nie gesagt: „Wir machen eine Reform“, sondern klipp und klar: Geld oder Leben!

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Diese Ehrlichkeit unterschied sie von der SPD des 21. Jahrhunderts.

Rot-Grün hat das CDU/CSU-Bild vom oberfaulen Arbeitslosen übernommen. Sie hören nicht einmal mehr, wie es im Grabe von August Bebel und Willy Brandt rumpelt. Vollends grotesk werden aber Ihre Vorschläge angesichts der Lage in den **neuen Bundesländern**. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es derzeit knapp vier-einhalb offene Stellen für 100 Arbeitsuchende. In Sachsen und in Thüringen sieht es nicht besser aus.

Die „Harald-Schmidt-Show“ hat sich in der vergangenen Woche an den Mathematikaufgaben der Klasse 5 zur PISA-Studie versucht – mit Erfolg. Ich glaube, die Bundesregierung würde selbst an diesen Aufgaben scheitern.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Die PDS im Bundestag hat Ihnen schon mehrfach vorgerechnet, dass Ihre Hartz-Fantasien vollends ungeeignet sind, Abhilfe zu schaffen. Denn wo keine Arbeitsplätze angeboten und geschaffen werden, können eben auch keine Arbeitsmöglichkeiten ergriffen werden. So simpel ist es manchmal im richtigen Leben außerhalb dieses Plenarsaals. Übrigens gilt diese einfache Rechnung auch für strukturschwache Gebiete in den alten Bundesländern.

Und doch haben Ihre Anträge Methode. Sie folgen der gleichen Philosophie, die auch Ihre Agenda 2010 durchzieht. Sie bauen den Sozialstaat ab, um die Wirtschaft zu hofieren, anstatt die Wirtschaft zu motivieren, den Sozialstaat zu stärken.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Das alles ist ein Irrweg, allemal wenn man sich sozialdemokratisch wähnt. Innerparteilich können Sie das vielleicht auf Parteitage mit professioneller Regie und mit Rücktrittsdrohungen des Kanzlers noch einmal kaschieren. Die Betroffenen Ihrer Politik können das nicht. Sie bekommen zu spüren, was Sie als Reform feiern. Deshalb lehnt die PDS im Bundestag diese Vorschläge ab.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Reinhard Göhner.